

Friedensproteste in Berlin: 30.000 für Diplomatie statt Granaten!

Tausende demonstrierten in Berlin für Frieden und Waffenstillstand in der Ukraine und Gaza, gefolgt von prominenten Rednern.

Tausende Menschen strömten am Samstag durch die Straßen Berlins, um an einer großen Demonstration unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ teilzunehmen. Diese Initiative hat Bürger aus verschiedenen Teilen der Stadt mobilisiert, die mit leuchtenden Plakaten und Transparenten ihre Botschaften kundtaten. Slogans wie „Diplomaten statt Granaten“ und „Stoppt den Krieg sofort – keine Waffenlieferungen in die Ukraine“ prangten auf den Schildern der Teilnehmer. Unter den Protestierenden waren auch viele, die Fahnen mit der Friedenstaube schwenkten, ein weithin anerkanntes Symbol für Friedensbewegungen.

Der Demonstrationzug startete an drei ausgewählten Punkten in der Stadt, und die Teilnehmer bewegten sich in Richtung der Siegestsäule im Berliner Tiergarten. Hier war eine Abschlusskundgebung geplant, bei der prominente Redner wie die Vorsitzende der BSW, Sahra Wagenknecht, sowie der SPD-Politiker Ralf Stegner und die Linken-Politikerin Gesine Löttsch auftreten sollten.

Forderungen und Solidarität

Laut Angaben der Berliner Polizei waren rund 1.000 Einsatzkräfte vor Ort, um den Protest sicher zu begleiten. Bis zum frühen Nachmittag gab es keine nennenswerten Vorfälle, was die Veranstaltung in einem friedlichen Licht erscheinen ließ.

Während die Polizei die Anzahl der Teilnehmer auf unter 10.000 schätzte, gaben die Organisatoren eine Zahl von etwa 30.000 an.

In einem der Demonstrationzüge zeigten viele Teilnehmer ihre Solidarität mit den Menschen im Gazastreifen. Einige Plakate trugen Aufschriften wie „Schluss mit dem Besatzungsterror“ oder „Nato treibt Krieg und Völkermord – Solidarität mit Donbass und Gaza“. Es gab zudem vereinzelte Rufe, die sich gegen Israel richteten, was die politischen Spannungen verdeutlichte, die im Kontext dieses Konflikts bestehen.

Die Initiative „Nie wieder Krieg“ positioniert sich im Rahmen der Friedensbewegung und fordert insbesondere die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Gaza durch Verhandlungen. Zudem wendet sich die Bewegung vehement gegen die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ab 2026 und appelliert an eine friedliche Außenpolitik.

Für weitere Informationen zu diesem Thema, **siehe den aktuellen Bericht auf www.radiohagen.de.**

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at